

Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Omid Nouripour (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 67 bis 71:

muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit dem Rüstungsexportgesetz gesetzlich verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare ~~Kriterien geknüpft, massiv begrenzt und der Export in Staaten außerhalb von NATO und Europäischer Union unterbunden wird.~~ strenge Kriterien geknüpft wird. Der Export in Staaten außerhalb, der EU, der NATO und NATO-gleichgestellten Staaten darf nur in Ausnahmefällen stattfinden. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten werden. Auf

Begründung

Wir wollen Rüstungsexporte künftig wesentlich strenger handhaben und deutlich reduzieren. Deswegen fordern wir einen verbindlichen Exportstopp in Krisengebiete und Ländern mit schlechter Menschenrechtslage. Die Exporte jeglicher Rüstungsgüter (zu denen nicht nur Kriegswaffen zählen) auch an Drittstaaten auszuschließen, die nicht in diese Kategorien fallen, ist aber impraktikabel.

Unterstützer*innen

Peter Heilrath (München KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Manuel Stock (Frankfurt KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Alexander König (München KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Dieter Janecek (München KV); Jörn Böhme (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Hannah Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Matthias Münz (Frankfurt KV); Benjamin Weiß (Groß-Gerau KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Tobias Lindner (Germersheim KV); Pascal Nohl-Deryk (Bochum KV); Doris Wagner (München KV); Steffen Buchsteiner (Berlin-Pankow KV); Sergey Lagodinsky (Berlin-Pankow KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV)